

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44 | 10119 Berlin

Dr. Tobias Plate
Leiter des Referats Digitaler Staat
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

per E-Mail an OGP@bk.bund.de

Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Tel.: +49 30 549898-0
E-Mail: office@transparency.de
www.transparency.de

Kommentierung des Vorentwurfs eines Zwischenberichts über die Umsetzung des 4. Nationalen Aktionsplans 2023-2025

Zur Umsetzung der elf Verpflichtungen der Bundesregierung (die Verpflichtungen der Landesregierungen bewerten wir an dieser Stelle nicht) ist zu sagen:

- Viele der Projekte haben aufgrund der aktuellen krisenhaften Lage, insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, einen langsamen Start gehabt und sind erst mit erheblicher Verspätung in Gang gekommen.
- Trotz der erschwerten Umstände ist es gelungen, vier Verpflichtungen (4, 8, 10 und 11) bereits umzusetzen und weitere vier (5, 6, 7 und 9) weit voranzutreiben, so dass eine Fertigstellung innerhalb dieser Legislaturperiode realistisch erscheint.

Eine große und von ihrer Tragweite erhebliche Enttäuschung ist aus der Sicht von Transparency International Deutschland e.V. die Blockade bei der Verpflichtung 1, dem **Bundestransparenzgesetz**. Beim ersten Meilenstein ist nur noch ein Gesetzentwurf des BMI (nicht mehr der Regierungsentwurf) in Aussicht gestellt worden. Beim zweiten Meilenstein (Inkraftsetzung des Gesetzes) wurde von Anfang an nichts Konkretes in Aussicht gestellt. Und dies, obwohl das Vorhaben im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist.

Diese schwache Performance vonseiten der Regierungskoalition wirft erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Bemühungen um die Stärkung der Demokratie auf. Alle anderen OECD-Staaten und die große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten (ausgenommen diejenigen, die es mit der Rechtsstaatlichkeit nicht so genau nehmen) agieren proaktiv, um eine offene und transparente Gesellschaft voranzutreiben.

Generell ist zu bemängeln, dass es offensichtlich nicht einmal gelingt, dass absolut minimale Monitoring auf der OGP-Webseite für die Öffentlichkeit akzeptabel zu bestücken. Einige der Ressorts berichten ausführlicher auf ihrer eigenen Webseite, geben sich aber nicht einmal die Mühe, auf der OGP-Webseite darauf hinzuweisen. Transparenz der Fortschritte ist kaum verfolgbar.

Auf Basis des sehr mageren Monitorings ist es nur bei wenigen Verpflichtungen möglich zu beurteilen, in welchem Ausmaß eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei den verschiedenen Verpflichtungen tatsächlich stattgefunden hat.

Berlin, 25. Oktober 2024

Transparency International Deutschland e.V.